

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Bahle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Carl Panlau, Magdeburg.
Verlag von W. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Prämienrände, zahlbar
Abonnementpreis:
Bierteljähr. inkl. Fringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Postgelb,
Eingelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7242.
Infectionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 107.

Magdeburg, Freitag, den 8. Mai 1896.

7. Jahrgang.

Ein Pfahl im Fleisch der Republik.

Die französische Republik hat wieder eine Regierung. Das „radikale“ Ministerium Bourgeois ist an den reaktionären Versteinerungen des Senats zerstückelt und der Präsident Faure hat ein „gemäßigtes“ Ministerium folgen lassen. Sehr „gemäßigt“ in Bezug auf die Interessen des französischen Volkes, denn der Hochschützöchner Meline, der an der Spitze der neuen Regierung steht, hat als seine Hauptleistung den Lichtfranzkoll auf Getreide aufzuweisen. Er ist sonach ein Staatsmann, um den unsere Agrarier die Franzosen beneiden werden.

Das Ministerium Bourgeois war gewiß nicht nach unserem Sinne, aber es unterschied sich von allen seinen Vorgängern durch eine wesentliche Thatsache. Alle Regierungen der dritten Republik machten Versprechungen, um sie nicht zu halten; das Ministerium Bourgeois machte solche, um sie zu halten. Es vergaß dabei nur, daß die Republik ein Klassenstaat ist, und als Herr Bourgeois mit seiner Einkommensteuer den „oberen Zehntausend“ an den Geldbeutel ging, da schossen die Widersacher wie Pilze aus der Erde. Man sah, wie es in der Vertretung der demokratischen Republik an wirklichen Demokraten fehlt, denn sind das etwa Demokraten, die vor der alten demokratischen Forderung der Einkommensteuer zurückschrecken? Es ist dasselbe erbärmliche Demagogie- und Strebertum, das sich anderwärts „liberal“ nennt und diesen Begriff nur als Maske benutzt, um seine Charakterlosigkeit dahinter zu verstecken.

Die neue Regierung verspricht auch eine Einkommensteuer, aber dieselbe wird entweder gar nicht kommen oder doch so, daß die Bourgeoisie nicht allzusehr davon betroffen wird, während die Masse erschwert bleibt wie bisher. Alle die Reformen, die Frankreich seit einem Vierteljahrhundert versprochen worden sind, werden nunmehr wieder auf die lange Bank geschoben.

Der Präsident Faure weiß offenbar nicht, was er thun soll. Dieser Mann, ein Parvenü, der sich nur zu gut in die prozentehafte Atmosphäre der regierenden Bourgeoisie hineingefunden hat, ist einer volkstümlichen Politik gar nicht fähig; ihm ist jedenfalls ein Alp von der Brust gefallen, als Bourgeois seinen Abschied nahm.

Die französische Verfassung ist nun jedermann in ihrem eigentlichen Zwecke klar. Sie stammt noch von der berüchtigten Krantjunkerversammlung her, derselben, welche 1871 dem achtstägigen Massaker in Paris ihren Beifall gezollt hat. Die Verfassung war nicht gemacht, um eine Demokratie zu begründen, sondern um zu verhindern, daß die Demokratie in Frankreich allzu feste Wurzel fassse. Die Art und Weise, wie der überwiegend reaktionär zusammengesetzte Senat aufgetreten ist, beleuchtet hinlänglich, was diese Verfassung bedeutet, die der Kammer eine sorgfältig gefiebte Körperschaft gegenüberstellt und so jeden wirklichen Fortschritt mit Leichtigkeit verhindern kann.

Die Franzosen mit ihrem feurigen Temperament sind in großer Erregung, denn noch nie ist ihnen so eindringlich klar gemacht worden, wach ein Pfahl im Fleische der Republik der Senat ist. Man kann darum mit Zuversicht erwarten, daß die Wirkung der jüngsten Krise eine starke Bewegung gegen den Senat und für eine Revision der Verfassung sein wird. Hoffentlich wird der Senat hinweggefegt und der französische Volksvertretung endlich das elende Zweikammersystem, das sich für eine demokratische Republik am allerwenigsten schickt, vom Halse geschafft.

Die Sozialisten Frankreichs befinden sich dabei in einer ganz günstigen Position. Wäre das Ministerium Bourgeois am Auber geblieben, so hätten sie demselben eine Menge von Zugeständnissen abtrotzen können. Dem Ministerium Meline gegenüber haben sie einen leichten Stand und sie werden ohne Mühe dem Brotverzeurer und Reaktionsär, der an der Spitze der Regierung steht, die „republikanische“ Barve abreiben können.

Der alte Bann muß sich nach und nach lösen, mit dem die Klassenherrschaft die dritte Republik belastet.

Diese verdorbene Bourgeoisie hat den Staat zu einem Spekulationsobjekt gemacht und hat den Arbeitern nicht einmal politische Freiheit gegenüber den Annahmungen der einzelnen Ausbeuter gewähren können. Sie hat Frankreich mit dem Panamaschmutz bedeckt und ist vor dem Jaren und seinen besternten Kosaden im Staube gekrochen. Und dabei sprechen diese heuchlerischen Menschen so gern von den Traditionen der großen Revolution, die sie tagtäglich mit Füßen treten. Was ist denn aus der schönen Devise jener großen Bewegung, aus „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ geworden?

Es tritt in Frankreich die Wendung ein, die zum Besseren führt. Die sozialistische Bewegung wird die einzige Hoffnung der Unterdrückten und Ausgebeuteten, je mehr die elende Bourgeoisie das Volk täuscht und verrät, desto rascher muß der Einfluß und die Macht der Sozialisten sich steigern.

Die Revision der Verfassung im demokratischen Sinne wird es sein, um die nunmehr der große Kampf entbrennt. Er wird so lange dauern, bis dem Volke sein Recht wird und bis Frankreich aus der unwürdigen Lage befreit ist, in der sich dasselbe befindet, bei der einige anmaßende Bevorrechtete der ganzen politischen Weiterentwicklung Steine in den Weg werfen können.

Die Sozialisten haben noch nie eine schönere Gelegenheit gehabt, in Frankreich eine entscheidende Rolle zu übernehmen. Sie werden nicht zaudern.

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

Polizeilich aufgelöst wurde in Hannover die Turnstunde (1) des Turnvereins „Vorwärts“, weil Beihilge an dieser „politischen Versammlung“ teilgenommen hätten. Das Turnen ist also unter Umständen etwas sehr staatsgefährliches!

Noch ein „politischer“ Verein. Nunmehr ist auch die Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer in Hannover ein Opfer des § 8 des Vereinsgesetzes geworden. Welche Organisation wird jetzt an der Reihe sein?

Die Zahl der Waisenerden könnte im Laufe der Jahre zu höheren Prozentsätzen anschwellen, wenn nicht auf gutlichem Wege, und zwar durchaus nicht bloß seitens des Staates, die Quellen sozialer Unzufriedenheit nach Möglichkeit zu verstopfen gesucht werden. Jedenfalls ergeben sich aus der Zunahme der Beteiligung an solchen sozialistischen Demonstrationen-Rundgeboten allerhand gute Lehren. Solche Feste sind ja an sich harmlos und verlaufen gewöhnlich harmlos. Aber sie beanspruchen eine Art Zählung und Heereschau derer zu sein, die unter dem Banne der roten Fahne stehen, und deshalb ist das langsame, aber stetige Anwachsen der Besucherzahl beachtenswert. Früher genteren sich viele, jetzt geht man „offen“ hin. Man thut deshalb gut, die Augen gegenüber solchen Thatsachen offen zu halten.

Mit dem Totschweigen oder „vornehmen Ignorieren“ ist es nicht gethan. — Diese Ausführungen finden wir in einem in Hannover erscheinenden bürgerlichen Blatte. Für gewisse Leute sehr beachtenswert.

Die Berliner Korrespondenz meldet: Infolge eines Beschlusses des königlichen Staatsministeriums sind die Beamten sämtlicher Ressorts von neuem nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es mit den **Wälfsten eines Staatsbeamten** vollständig unvereinbar ist, sich an Agitationen zu beteiligen, welche gegen die Durchführung der Regierungspolitik gerichtet sind.

Die **protestantische Geistlichkeit** rafft sich jetzt auch zu Protesten gegen das Duell auf. So hat die Kreisynode in Grünberg in Schlesien in ihrer letzten Sitzung eine Resolution gegen das Duell angenommen. Das Duell sei mit der christlichen Sitte unvereinbar. Bei der Provinzialynode soll daher beantragt werden, dahin zu wirken, daß in der kirchlichen Gesetzgebung die Verurteilung des Duells als eines frevelhaften Spiels mit dem Menschenleben zum Ausdruck komme und daß in der staatlichen Gesetzgebung auf eine wirksame Wahrung der äußeren Ehre Bedacht genommen werde. Aus der letzten Wendung geht hervor, daß die geistlichen Grünberger nur schablonenhaft die Behauptung von der Notwendigkeit einer strafrechtlichen „Wahrung der äußeren Ehre“ nachreden.

Einen interessanten **Beitrag zum Duellwesen** bringt das Fränkische Volksblatt. Das Ehrengericht des Offizierkorps beim Landwehrbezirkskommando Würzburg hatte einen katholischen Rechtspraktikanten, der zugleich Reserveoffizier ist, zur Annahme eines Säbelduells verurteilt. (?) Wie das Blatt nun berichtet, war der Vorsitzende dieses Ehrengerichts ein königl. bayerischer Staatsanwalt! Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich verwirrt, in welcher verkehrten Welt wir denn eigentlich leben?

Für die Deportation von Verbrechern

begeistert sich wieder einmal die Kreuzzeitung, für diese Fieberidee, indem sie eine darauf bezügliche Broschüre des Breslauer Professors Friedrich Brud bespricht, der seit einiger Zeit als litterarischer Vorkämpfer der Deportations-Agitation fungiert. Brud denkt sich die Deportation nicht nur als Strafvollzugsmittel, durch welches der Zuchthäusler zum Zweck der Strafverbüßung in die Strafkolonie befördert, hier einem harten Arbeitszwang unterstellt und nach Ablauf der im Urteil ausgesprochenen Strafreize in die Heimat zurückgeschickt wird, sondern will sie auch in der Art verwenden, daß der aus dem Zwangsdiens entlassene Sträfling verpflichtet wird, sich in einem bestimmten Gebiete der Kolonie anzusiedeln. Die Kreuzzeitung schreibt über diese Zuchthäusler-Zwangs-Begladungs-Kolonien: „Mag man auch in einzelnen nicht allen Anregungen Bruds zustimmen, vielleicht auch seiner hoffnungsreichen Perspektive, in Deutsch-Südwestafrika ein

Neudeutschland entstehen zu sehen, nicht teilen; sein Streben, die sozialen Gefahren dadurch zu verringern, daß hier selbst den wirtschaftlich Schwächsten eine Scholle für ihre und ihrer Familie Ernährung geboten werde, und statt unzufriedener Sozialdemokraten im Inlande jenseits des Ozeans ein zufriedenes vaterländisches Proletariat anzusiedeln, das glückliche Menschen mit patriotischer Gesinnung abgiebt, verdient die Anerkennung, daß er mit dem „großen Mittel“ wahrhaft thätkräftiger Hilfe kämpfte.“ Es ist bedauerlich, daß man nicht die Ansichten des früheren Chefredakteurs der Kreuzzeitung über die Idee eruteren kann, aus deutschen Zuchthäuslern ein koloniales „zufriedenes vaterländisches Proletariat“ und „glückliche Menschen mit patriotischer Gesinnung“ (und Zwangswohnung unter dem Äquator) zu machen. Hammersteins Anschauungen wären in diesem Punkte besonders wertvoll, da sie nicht nach dem „grünen Tisch“ schmecken würden.

Schweiz.

Die am 3. Mai vorgenommenen Stichwahlen für den Großen Rat haben der sozialdemokratischen Partei einen erfreulichen Zuwachs gebracht. Zu den bereits im ersten Wahlgange gewählten 4 Genossen kamen gestern noch weitere 7 hinzu, so daß nun die gesetzgebende Behörde des Kantons Baselstadt 11 Sozialdemokraten zählt. Der Große Rat besteht nunmehr aus 70 Freisinnigen, 42 Konservativen, 11 Sozialdemokraten, 4 Angehörigen des Centrums und 3 Ultramontanen.

Frankreich.

In 173 französischen Gemeinden hat sich eine republikanische Mehrheit, in 54 eine radikale und sozialistische, in 15 eine konservativ-reaktionäre ergeben. Die Stichwahlen sind auf Sonntag angesetzt.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

* Der Verband Berliner Metall-Industrieller paradiert mit einer **neuen Proskriptionsliste**, um die Arbeiter dafür zu strafen, daß sie von ihrem natürlichen und gesetzlichen Rechte Gebrauch machten, wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Arbeit niederzulegen. Die „Vertrauenskommission“ dieser brutalsten aller uns bekannten Unternehmer-Organisationen erließ ein Rundschreiben folgenden Inhalts: „Hierdurch bringen wir zur Kenntnis unserer Mitglieder, daß wegen Nichtbewilligung der Freigabe des 1. Mai resp. wegen Zurückweisung unberechtigter Behinderungen die Arbeiter der Verbands-Werksstätten Schäffer u. Dehlmann, Chauffeestraße 40 (83 Mann), H. Frister, Inh. Engel u. Pagewald, Vindenstraße 23 (sämtlich), C. Kramme, Gitschinerstraße 76/77 (8 Mann), W. Eitner, Sebastianstr. 61 (sämtlich), P. Schönheimer, Greißwalderstraße 140/141 (3 Mann) die Arbeit niedergelegt haben, und ersuchen wir gemäß § 1, Abs. 3 unserer Satzungen, keinen Arbeiter der bei vorgenannten Firmen die Arbeit niedergelegt, einzustellen. Gleichzeitig erlauben wir uns mitzuteilen, daß in einer Versammlung der Arbeitnehmer am 29. v. M. der Metallarbeiter erklärt hat, daß drei der größten Firmen unseres Verbandes ihre Arbeiter „lediglich“ durch den Verband der Metallarbeiter beziehen (Sozialdemokratischer Arbeitsnachweis. Wir zweifeln selbstverständlich, daß solches mit Wissen unserer Herren Verbandsmitglieder geschieht; da wir aber nachweisen können, daß Meister unserer Mitglieder diesen sozialdemokratischen Nachweis benutzt haben, fühlen wir uns zu dem Hinweis verpflichtet, daß solches absolut unzulässig und bitten dringend, dementsprechende Anweisungen zu geben.) Solch Vorgehen heißt einfach unseren Gegnern die Waffen gegen uns zu überliefern. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügen wird.“ Das Entlarvungsträger trägt wieder die Unterschrift: Fritz Kühnemann. Dieser Name sagt alles; er macht jede Kritik des Rundschreibens überflüssig. — Wegen der Waisener sind in Dresden 16 **Glasbleiber** der Firma Kurt Zieger ausgesperrt. — Die Aussperrung der **Wahrschen** Arbeiter und Arbeiterinnen in Altona-Bahrenfeld dauert fort, da Herr Mohr 13 der ältesten Frauen, von welchen einige schon 16 und 18 Jahre bei ihm in Arbeit standen und seine Millionen mitgeschaffen haben, nicht wieder in Arbeit stellte. — Die **Weber** Reichenbachs in Schlesien haben durch Arbeitsniederlegung eine Lohnerhöhung erreicht. Es kam infolge der Vermittlung des Fabrikinspektors Töpert zu einem Vergleich. Am Montag nahmen 1200 Arbeiter die Arbeit wieder auf. — In Lübeck ist die wegen der Waisener erfolgte Aussperrung der Arbeiter der **Kochschen Schiffswerft** schon wieder zurückgenommen. — Der **Maurerstreik** in Breslau dehnt sich auf sämtliche Bauten aus, überall ist die Arbeit eingestellt, selbst bei Privatleuten, die ein oder zwei Mann im Hause zu Reparaturen beschäftigt haben, wird gefeiert. Im Laufe des Montags haben sich im Hauptbureau des Ausstands-

Komitees 1600 Gesellen als Ausführende eintragen lassen. — Die **Schneide** Leipzigs stehen im Streik. — In Arnstadt i. Th. dauert der Streik in der **Schuhfabrik** von Göhrer u. Ko. unverändert fort. Ein Versuch, zu verhandeln, wurde zurückgewiesen. — In München streiten, nach bürgerlicher Meinung, von dem 425 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassenden Personal der **Büchsenfabrik** von Benschberger u. Ko. gegen 400 wegen Maßregelung eines Kollegen; den Forderungen nach höherem Lohn soll die Firma zum größten Teil entgegenkommen wollen. — Das kartellierte Unternehmertum der **Tischlerbranche** Leipzigs hat 600 brave Arbeiter ausgesperrt, weil sie ihre erwählte Lohnkommission, die mit den Unternehmern wegen der Freigabe des 1. Mai verhandelte, nicht in der schimpflichsten Weise behandeln lassen wollte. — In der **Werkzeugfabrik** von G. Waldau in Stuttgart haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen an Stelle der noch 11stündigen Arbeitszeit eine solche von 10 1/2 Stunden und für den Lohnausfall 5 Prozent Lohn-erhöhung, außerdem 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden. — Die **Mauerer** und **Zimmerer** Mülhauseus i. Ess. streiten seit 4. Mat. Ihre Hauptforderungen sind der Sechshunderttag und die Abschaffung der Accordarbeit. —

II. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, den 6. Mai 1896.

Die heutige Vormittagsitzung wird von Timm-Berlin eröffnet und geleitet. Auf Vorschlag Begiens tritt der Kongress zunächst in Punkt c der Aufgaben der Generalkommission „Streikunterstützung und Streikstatistik“ ein. Referent ist v. Elm-Hamburg: Die Generalkommission hat ein Regulativ für einen Streikunterstützungs- und Reservefonds ausgearbeitet. Wir haben Statistiken über Streiks aufgenommen und gefunden, daß eine Gewerkschaft für sich allein einen Streik niemals durchführen kann. Selbst die besser organisierten Arbeiter, die Buchdrucker, konnten das nicht. Der Gedanke an einen Streikreservefonds, der von allen Gewerkschaften gebildet wird, liegt also sehr nahe. Wir müssen im Frieden für den Krieg rüsten und Munition für den Kampf sammeln. Eine gefüllte Kriegskasse ist das beste Mittel, die Streiks zu verhindern, denn haben wir Geld, werden die Fabrikanten Respekt bekommen und sich zehnmal befinden, ehe sie den Kampf bis aufs Messer aufnehmen. Es steht fest, die 5 Pfg. können besser verwendet werden, wenn sie in eine allgemeine Kasse fließen, als wenn sie bei den einzelnen Gewerkschaften bleiben. Jetzt herrscht ein System der wilden Streiks, mit dem je eher je besser aufgeräumt werden muß. Die organisierte Arbeiterschaft muß dagegen Stellung nehmen. Deshalb schlagen wir die Bestimmung vor: Unterstützung erhalten nur diejenigen, die 26 Wochen einer Organisation angehören. Mit dem Appellieren an die allgemeine Solidarität geht es nicht weiter. Die wahre Solidarität besteht für den Arbeiter darin, daß er sich seiner Organisation anschließt. Wer keiner Organisation angehört, dem bestreite ich das Recht, das Wort Solidarität im Munde zu führen. (Sehr gut!) Mit dem Sammelsystem kommen wir auf die Dauer nicht weiter. Der Betrag der Sammlungen wird schon geringer; ganz natürlich, denn es sind immer wieder dieselben organisierten Arbeiter, die ihre Taschen aufstupsen müssen. Den regellosen wilden Streiks muß ein Ende gemacht werden. Der Konfektionsarbeiter-Streik hat ein lehrreiches Beispiel gegeben. Im Organ der Schneider waren 15 000 Mark Unterstützung quittiert, und der größte Teil dieser Summe war nicht von den

Schneidern, sondern von den Arbeitern anderer Berufe aufgebracht. Dieser Mangel an Solidarität ist für die Schneider beschämend. Auf die Gesetzgebung dürfen wir die Schneider und Konfektionsarbeiter nicht verdrängen. Was nützen denn die wilden Streiks den Organisationen? Ist der Streik vorüber, so dauert es nicht lange, so zieht sich einer nach dem andern wieder zurück. Schließlich bleibt wieder nur der alte gute Stamm, der in begeisterungsfähiger Ueberzeugung immer zahlt und wieder zahlt und sammelt und sammelt. Ist die Zeit da, wo die anderen wieder etwas aus der Kasse zu ziehen hoffen, dann wird ein Streik gemacht und dann ruft man wieder die allgemeine Solidarität an. Das kann aber nicht so weiter gehen, die Organisationen müssen dagegen Front machen. Wir fordern, um eine Sprengung des Fonds zu verhindern, daß bei größeren Angriffstreiks eine Verständigung mit der Generalkommission zu suchen ist. Wir beabsichtigen damit nicht jeden Streik zu kontrollieren, oder über jeden Streik zu Gericht zu sitzen. Es soll nur planmäßig vorgegangen werden. Die Streikpläne sollen nicht der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Bei Streiks muß rasch gehandelt werden, aber unser Vorschlag wird dieses rasche Handeln nicht hindern, von bureaukratischem Geist ist unser Vorschlag nicht diktiert. Wir haben weiter vorgeschlagen, daß die Generalkommission vor Beginn oder während eines Streiks die Vermittlerrolle zwischen den streikenden Teilen übernehme. Das System ist in der Schweiz schon erfolgreich eingeführt. Kritisieren Sie unsere Vorschläge, aber das Grundprinzip der Zentralisation der Streikmittel muß anerkannt werden. Wir wollen die Solidarität in die Praxis einführen. Wir sind überzeugt, daß unser Vorschlag durchführbar ist. (Beifalliger Beifall.)

Nach eingehender Diskussion, in der sich die meisten Redner gegen den Vorschlag der Kommission erklären, wird namentlich abgestimmt. Und zwar zuerst über § 1: „Zur Unterstützung der Streiks wird ein Streik-Reservefonds gebildet, dessen Verwaltung die Generalkommission, getrennt von ihren sonstigen Einnahmen, zu führen hat.“

§ 1 wird mit 107 Stimmen gegen 18 Stimmen abgelehnt, 13 Delegierte fehlten bei der Abstimmung.

Damit wird der ganze Vorschlag der Generalkommission als abgelehnt betrachtet.

Angenommen wird hierauf ein Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Celle): Bei Streiks sind sämtliche Sammelkassen von dem am Streikorte bestehenden Gewerkschaftskartell zu stempeln. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Döblin-Berlin erstattet hierauf namens der Redaktionskommission Bericht. Er schlägt ein Statut für die Spitze der Gewerkschaften vor, das sehr umfangreich ist, in der Hauptsache sich aber von dem alten Statut der Generalkommission nur insofern unterscheidet, als in dem neuen Statut statt der Bezeichnung „Generalkommission“ die Bezeichnung „Gewerkschaftsaussschuß“ gewählt ist. An die Stelle der bisherigen sieben Mitglieder der Generalkommission sollen künftig fünf Mitglieder des Gewerkschaftsaussschusses treten, denen zur Unterstützung von den Centralvorständen der Gewerkschaften, die am Sitz des Ausschusses eine Verwaltungsstelle haben und regelmäßig an den Ausschuß Beiträge zahlen, je ein Vertreter beigegeben wird. Der Beitrag der einzelnen Gewerkschaften wird von 5 Pfennig auf 3 (drei) Pfennig pro Quartal und Mitglied herabgesetzt. Zur Teilnahme an den Kongressen sind sämtliche Centralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, die verbunden sind, sich central zu organisieren. Die Delegiertenzahl

soll thunlichst beschränkt werden, für je 3000 Mitglieder soll ein Delegierter gewählt werden. Keine Gewerkschaft soll mehr als sechs Delegierte, kleine Gewerkschaften einen Delegierten wählen. Wichtige Anträge sollen durch die Zahl der durch die Delegierten vertretenen Mitglieder entschieden werden.

Ueber den Antrag der Kommission wird abschließend abgestimmt. Die Bezeichnung Gewerkschaftsaussschuß wird mit Stimmengleichheit (56 gegen 56) abgelehnt. Es bleibt bei der Bezeichnung Generalkommission. Die Zahl der Mitglieder der Generalkommission wird auf fünf festgesetzt. Es wird ferner beschlossen: „Zur Unterstützung der Generalkommission wird von den Centralvorständen der Gewerkschaften, die regelmäßig Beiträge an den Ausschuß zahlen, je ein Vertreter ernannt. Die Fuzziehung dieser Vertreter zu den Beratungen der Generalkommission hat nach Bedarf, mindestens aber allvierteljährlich einmal zu erfolgen. Am Anfang einer Geschäftsperiode der Generalkommission sind in einer gemeinsamen Sitzung eine Geschäftsordnung für die Generalkommission, die Verteilung der Ämter und eventuelle Besoldungen und Nennungen festzusetzen. Auch die berechtigten Lokal-Organisationen haben Stimme in der oben bezeichneten Vertretung.“

Nächste Sitzung Donnerstag früh 8 Uhr.

Aus den Gerichtssälen.

§ **Magdeburg.** (Landgericht.) Die Arbeiter Franz Thiemann, geb. 1877 und Carl Brühmann, geb. 1876, zu Cracau, drangen in der Nacht zum 11. März d. J. gemeinschaftlich in einen Tanzsaal, in dem Musikball stattfand, obwohl ihnen zuvor das Betreten des Saales ausdrücklich verboten war. Thiemann zerschritt auch in der Gaststube das Gazeisenfenster eines verschlossenen Schränkens und stahl 100 Stück Cigarren, wovon er dem Brühmann einen Teil abgab. Der Gerichtshof verurteilte Thiemann zu 3 Monaten 3 Tagen Gefängnis, Brühmann zu 10 Tagen Gefängnis. — Der Arbeiter Ferdinand Stech, genannt Henkel, geb. 1837, sammelte im Februar d. J. im Auftrage eines Predigers zur Unterstützung hilfsbedürftiger Konfirmanden auf Grund einer Liste Beiträge ein und lieferte 70 Mark ab. Mit den übrigen 75 Mark wurde Stech flüchtig und veräußerte das Geld für sich. Ihn trafen wegen Unterschlagung 6 Monate Gefängnis. — Die schon öfter wegen Diebstahls bestrafte unverschämte Minna Kiesel zu Gr.-Salze, geboren 1874, erbrach in der Nacht zum 27. August 1895 gemeinschaftlich mit einem bereits abgeurteilten Arbeiter eine Obsthütte. Sie stahlen dem Pächter daraus mehrere Kiepen, 3 Eitergefäße und 3 Schffel Obst, die sie am nächsten Tage in Budau verhandelten. Den Erlös verbrauchten sie dann. Die Angeklagte erhielt zusätzlich 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. — Der Pferdebettler Karl Stegmann zu Gr.-Schierstedt, geboren 1874, soll im Jahre 1895 in einer Arbeiterkaserne zu Staßfurt die verschlossene Kiste eines bereits abgezogenen Mittknechts gewaltsam geöffnet und daraus ein Paar Stiefeln gestohlen haben. Ferner soll Stegmann im Januar d. J. daselbst ein verschlossenes Wandspind erbrochen und 6.75 Mk. bar Geld, endlich aus einem offenen Schränkchen eine Taschenuhr und ein 1/4 Pfund Speck entwendet haben. Der Angeklagte leugnete die Thaten, wurde aber durch die Beweisaufnahme überführt und zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. — § **Halle.** (Der Kuppler seiner eigenen Frau.) „Alleinstehende Frau bittet ebedenkende Herren um ein Darlehen“ usw. Ein derartiges Inserat hatte der 38 Jahre alte Handarbeiter Friedrich Wilhelm Johann Benz aus Halle im Leipziger Tageblatt erlassen und dadurch erreicht,

Feuilleton.

Der Götz „Million“.

Von dem Salvia Warrens (Koschlowka) in anonymisierter Bearbeitung von Dr. Albert Reip.

(Fortsetzung.)

Gustowski verlor fast den Kopf. Keins seiner Worte traf ihr in das Herz. Umsonst stellte er ihr alle Vorteile vor, die er erreichen, beschrieb er ihr das herrliche Leben, welches sie führen sollten, lockte er sie mit allen Bildern der weiten Welt. Sie antwortete ihm nur mit Schlägen. Nur unbedeutliche Worte entschwebten ihren Lippen: „Ich mich hier, Vater! Wenigstens sehen will ich ihn, und dann sterben!“ „Sterben will ich.“ Dieser Gedanke war auch aus ihren starren Blicken und sogar aus ihrem verzweifelten Schreien herauszulesen. Gustowski aber war durchaus kein Kenner des Raucherherzens und seine Tochter verstand er noch weniger als andere Leute. Ganz allein war sie bei ihm angewachsen, ohne Pflege und Schutz sowohl vor den Verlockungen des Lebens, als den Versuchungen des Todes. Willkürlich leitete er sie wie ein willenloses Wesen, so lange sie noch Kind war. Heute besaß er nicht den geringsten Einfluß auf sie, fand er keinen Trost für ihren Schmerz und kein Mittel wider ihren Eigensinn. Und die so häufig geplante Abreise, zu der der Graf so reichlich die Mittel bewilligte, mußte wirklich verschoben werden auf unbestimmte Zeit. Umsonst waren alle Ueberredungen, Barmhertigkeit und Zornesausbrüche Gustowskis. Ueberwältigt von Schmerz und Tränen fand Gustowski bestarrt auf des Sofa, und kaum durch die Beruhigungen der alten Margareta wieder belebt, aus neu in tiefe Ohnmacht. Tags darauf geisterte sich ein hübsches Fräulein hinga. Man sah den Arzt, dem Kranken war lebensgefährlich erkrankt. An selben Vormittag bewegte sich ein einfacher Hochzeitstag nach der Kathedrale. Milian sahte seine Braut zum Traualtar.

Bei der heiligen Handlung sah man keinen glänzenden Kreis von Verwandten und Fremden, keine Ströme von Kerzenlicht, noch hörte man phrasenreiche Reden. Als aber die beiden sich die Hände reichten zum ewigen Bunde, da entstrahlte ihren von Liebe, Glaube und Hoffnung leuchtenden Blicken ein so reiner Glanz, daß die düstere Kirchenatmosphäre wie verklärt erschien vom Licht ihrer Gesichter und wie erwarmt von ihrer Herzensglut. Beide standen in der Blüte des Lebens. Beide waren gleich schön an Geist, wie an Körper. Beide so abgehärtet vom Schmerz der Verwahrung, als geläutert vom Unglück. So schauten sie in die Zukunft, nicht wie unerfahrene Kinder oder wie Weisen, die die harte Wirklichkeit mit sanfterer Luft übertäuben, sondern wie Menschen, welche die Prüfungen des Lebens kennen und ihnen die Sitten zu bieten gelernt haben. Ein Himmel von Entzücken strahlte in ihren Blicken, so oft sie einander ansahen. So traten sie vor den Altar, wie zwei Auserwählte, gekrönt mit der Stirn mit dem glücklichen Stempel. Nicht allein waren sie in dieser Stunde: rings um den Altar waren allerlei Leute versammelt. Da sah man die Uniformen der Univerfität und die Blauen der Handwerker, alte bärtige und junge hoffnungsvolle Angehörte. Milian sah sich umgesehen in diesem Augenblicke, aller Hände hätten sich ihm entgegengelehnt, um ihn zu beglücken, und jeder Braut wäre ein herzlich Wort entschwebt. Dies waren die ihm innig bekannten Genossen seiner Studien und Arbeit. Jaß jeder aber war ihm zu Dank verpflichtet. Jeden hatte er gelegentlich unterstützt oder gefördert, durch Rat und That, durch Beispiel oder Aufmunterung. Selbst ein wegschickendes, aber ruhiges Lächeln, oder sein hartes Wort erhellte nur sein Ansehen und Bestimmen, als sei es eine Eigenmächtigkeit seiner bewundernswürdigen Natur, jedermann zu belehren und zu kräftigen. Außer dieser Schaar besaß sich aber noch eine Trauzugung in der Kirche, an die gewiß keiner der Neuwertigten gedacht hatte. Als letztere dort eintraten, bemerkten sie nicht eine vor dem Portale haltende Equipage mit dem Wappen der Grafen. — Als sie dem Altar nahen, sahen sie nicht auf der Bank dicht davor eine junge Dame sitzen, welche häufig den Blick auf ihren Engesinnung lenkte, als sie an ihr vorüberdrühten, dann aber flüppenden Herzens im wieder erhob und ihnen nachsahnte.

Dies war Komtesse Amalia. Ein sonderbarer Zufall hatte hier die beiden Menschen zusammengeführt, die das Leben in der Jugendbühne vereinte. Ein Augenblick lag in der Vergangenheit, die ihre Herzen und Gedanken, ihre Wünsche und Ansichten übereinstimmten, da sie sich lieben und mit einander harmonisieren konnten. Und doch, wer konnte das für möglich halten, wenn er sie heute sah? Die Flut des Lebens hatte sie nach entgegengesetzten Richtungen verschlagen. Wie konnte man heute die vom Luxus und den Phantasien der Welt verzärtelte Dame, die jetzt aussah wie eine trockene Blume im Herbarium, mit jenem Manne in voller Jugendkraft in Zusammenhang bringen? Für ihn war sie kaum noch eine dunkle Erinnerung, ein Denkmal seiner ersten Enttäuschungen. In früheren Jahren bewarben sich einige Männer von hoher Stellung, wenn auch an Jahren weit vorgegrühter als sie, um Amalias Hand. Warum wies sie alle Anträge zurück? Jung und schön wie sie war, hielt sie sich für berechtigt, etwas mehr zu verlangen, wie eine kalte Konventionenhe. Denn in der Tiefe ihres Herzens trug sie nur allzu lebhaft die Erinnerung an die flammenden Blicke und leidenschaftlichen Worte der ersten Liebe, welche so gewaltsam durch Milians Familienkatastrophe unterbrochen ward. Und doch war sie selbst unerbittlich für ihn gewesen, hatte sie bei der letzten Zusammenkunft mit ihm weder Schmerz noch Mitleid gezeigt. Ob sie nicht trotzdem immer noch ihn tief im Herzen trug, das wußte sie selbst nicht. Bestimmt war es ihr niemals in den Sinn gekommen, Armut und Arbeit mit ihm zu teilen. Hegte sie aber nicht dennoch die geheime Hoffnung, ihr Herz könne auch einmal ebenso stürmisch schlagen, wenn ein ihm Ähnlicher ihr begegnete in der Welt, mit der sie verwachsen war? Trug sie daran die Schuld, daß sie sich nicht selbst zu vervollkommen im Stande war? Zeigte man ihr irgend eine Wahrheit des Lebens? Lehnte man sie fühlen und denken? Konnte irgend ein gesunder Begriff bei ihr zum Durchbruch gelangen in dem Glauben, der Liebe und den Sitten jener konventionellen Welt, in der sie geboren und aufgewachsen war? (Fortsetzung folgt.)

daß ein Herr G. seine Frau aussuchte und mit ihr geschlechtlich verkehrte. Wegen Kuppelei wurde Benz von der dritten Strafkammer des Leipziger Landgerichts in acht öffentlicher Verhandlung zu 2 Monaten Gefängnis erurteilt.

§ Leipzig. (Den Verkehr mit dem Bräutigam gebietet.) Vom Landgerichte Frankfurt a. M. sind am 6. Januar der Tagelöhner Meinte und dessen Ehefrau wegen schwerer Kuppelei zu je einem Jahre Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, weil sie ihrer jetzt verheirateten Tochter gestattet hatten, mit ihrem Bräutigam, der bei ihnen, den Angeklagten, wohnte, vor der Verheiratung intim zu verkehren.

§ Karlsruhe. (Der Dienstmagd Fleischreste aus dem Spülloch vorgelegt.) Vor der hiesigen Strafkammer wurde ein sauberes Ehepaar, dessen Namen die Blätter verschweigen, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz verurteilt. Die beiden Angeklagten hatten vom Frühjahr 1895 bis Ende des Jahres ihren Kostgänger, sowie ihrer Dienstmagd Fleischreste zum Essen vorgelegt, die sie aus dem Spülloch herausgelesen hatten, das sie vom Feldartillerieregiment als Viehfutter bezogen.

§ Amiens. (Auch ein Gottesmann.) Der Pfarrer Thuillier von Thieulloy wurde wegen namenloser Briefe, durch welche er die 16jährige Tochter einer Familie, mit deren auf gespanntem Fuße lebte, bei der Staatsanwaltschaft eines Verbrechens bezichtigt hatte, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 7. Mai 1896.

— In Haft befinden sich noch Harbaum und Schröder. Das Verlangen unseres Rechtsbeistandes, die Inhaftierten gegen Kaution auf freien Fuß zu bringen, was bislang erfolglos. Uns fehlt überhaupt die Nachricht über die Beschlagnahme der Nr. 102, das Resultat der Vernehmung usw. Jedenfalls ist von allem unser Verleger unterrichtet in das übrige Personal des Geschäfts gehen keinerlei Mitteilungen.

— Mit dem konfiszirten Maibilde der Volkstimme beschäftigen sich auswärtige Blätter. Wie darin eine Beleidigung irgend wemandes zu erblicken sein soll, ist den Blättern unverständlich. Uns ist!

— Wegen der Beschuldigung, im „Luffenpark“ gelegentlich einer Versammlung eine Teufelsversammlung vorgenommen zu haben, war ein gegen Vater und Gen. Termin vor dem Schöffengericht angelegt, der Termin wurde aber verlegt, da die Akten gegen Schwach und Gen. nicht zur Stelle waren.

— Otto Vogt ist Mittwoch nachmittag in der Fabrik von Garret mit u. Ko. verunglückt. Beim Reinigen der im Gange sich befindenden Nähmaschine wurde seine rechte Hand nicht unerheblich verletzt. Hierüber sind gerichtet. Ob die Knochen beschädigt sind, konnten wir nicht feststellen.

— Die Offenherzigkeit der sozialdemokratischen Vertreter und von anderen Gegnern benutzt, die kleinen Geschäftleute und Handwerker gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. In der Versammlung der Freisinnigen ist anwesend erklärt worden, daß mit der gegenwärtigen Generation der Arbeiter die hohen Ziele der Sozialdemokratie nicht errungen werden können. Wie es andererseits leeres Stroh hießen, den „Rutenspaß“ in allen seinen Einzelheiten anzunehmen. Ganz besonders erwiderte das Zugständnis Erkennen, daß ein Teil des zweiten Teils unseres Programms dem Programm des Liberalismus von anno 1848 entnommen sei. Politische Einfallspiegel werden hieraus die Schlussfolgerung gezogen, daß es mit der sozialdemokratischen Partei schlecht bestellt sei und sie keine Berechtigung habe, zu existieren. Jeder ehrliche Politiker weiß aber, daß jede Partei einen gewissen Anhängel hat, die Sozialdemokratie vielleicht mehr wie alle übrigen Parteien, und daß nur ein Teil mit den Bestrebungen der Partei vertraut ist. Mit einer Minderheit die hohen Ziele der Sozialdemokratie zu erstreben, ist doch einfach undenkbar. Und heute hat erst die Minderheit der Arbeiter ein Verständnis für den Sozialismus, die breite Masse des Volkes hierfür Verständnis zeigt, bedarf es jahrelanger rastloser Agitation, sowie planvoller Festsetzung mittelbarer Volkshilfen. Diese Festsetzung führt aber naturgemäß zur Aenderung des Produktions- und Gesellschafts-systems. Der Samen der Festsetzung und die Folgen sind in unserem Programm ausgedrückt. Ueber diese Entwicklung hinaus sich in Kombinationen einzulassen, hieße das Pferd beim Schwanz anknüpfen. Wir leben in der Entwicklung, wozu diese führt, ist der Sozialdemokratie klar. Die Entwicklung soweit vorgeschritten, daß Armut und Reichthum nicht getrennt, Herrschende und Dienende scharf getrennt, dann wird die Erkenntnis einer Aenderung unseres Produktions- und Gesellschafts-systems als Notwendigkeit erkannt werden. Diese Einsichtswahrheit wird von unseren Widersachern nicht erkannt, die auch verweisen haben, nachdem das feige Bürgerium seine wahrhaft demokratischen Überzeugungen fallen gelassen, diese von der Sozialdemokratie wieder aufzunehmen und mit eigener Konsequenz versehen werden, wodurch die Führung der Sozialdemokratie, abgesehen von anderen Gründen, vollstän-

aber für dasselbe Geld bessere, frischere Ware erhalten. Wie die kleinen Werkstätten dumpf und ungesund sind, so ist an den kleinen Geschäften und Warenlagern mangelhaft auszuführen. In ekeliger Weise sind hier mitunter Waren ausgestellt, die aber gekauft werden, weil die wirtschaftliche Lage des Arbeiters dieselben an das Vordringende gekettet hat. So wenig wie dem Handwerker das goldene Zeitalter wieder erblüht, so wenig erblüht dasselbe dem kleinen Geschäftsmann. Die Geschäftigen unter ihnen wissen das auch recht wohl; sie haben sich deshalb angegeschlossen der Sozialdemokratie, mit der sie gemeinsam den Feind aller Entbehrten und Verneigten — den Kapitalismus bekämpfen. Dies ist ungefähr der Gehalt, den den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners in den letzten Versammlungen der Freisinnigen und Handlungsgesellschaften zu Grunde lag, und welche in der hiesigen Presse so viel Staub aufgewirbelt haben. Die Haltung dieser Blätter beweist uns nur, wie wenig sie Taktik und Ziele der Sozialdemokratie verstehen, die unbekümmert um die Kunst der Mittelschichten ihre eigenen Wege geht. Wir haben daher recht herzlich gelacht über nachstehenden Erguß der Geschäftigen: „... Das muß man sagen, an Offenherzigkeit und Folgerichtigkeit läßt es Herr Schmidt für seine Person nicht fehlen; wie er kürzlich den Handwerker erklärte, sie müßten und sollten (?) zu Grunde gehen, je eher, desto besser für sie, so wiederholte er auch hier den Kaufleuten, daß sie dem Untergange geweiht seien und arbeiten ja auch nach seiner eigenen Erklärung (?) danach hin. ... Leider sind durch den ungehinderten Zusammenschluß des Kapitals schon allzu viel selbständige Existenzen in die Verlöthe gegangen, als daß wir Luft hätten, auf diesem Wege weiter zu gehen. Vor dem oben Eimerlei wolle uns Gott in Gnaden bewahren, wir danken dafür.“ Daß „Herr Schmidt“ auf den Untergang der kleinen Kaufleute hinarbeitet, wird durch die weitere Bemerkung des Blattes widerlegt, daß durch „den Zusammenschluß des Kapitals schon allzuviel selbständige Existenzen in die Verlöthe gegangen“ sind. Die Wahrheit sozialdemokratischer Anschauungen wird hierdurch drapisch bewiesen. Um dieses Gedändnis willen verzehnen wir dem Blatte alle weitere Entstellungen der Rede unseres Genossen. Es muß den Gegnern höchst unbehaglich sein, daß ab und zu einer unserer Redner in gerechtfertigten Versammlungen auftaucht und dem jettigen Bürgerium die Maske der Volksfreundlichkeit vom Gesicht reißt.

— Schriftfeger Seifert, beschäftigt in der Buchdruckerei von R. u. A. Haber, verurteilt Kollegen gegenüber seine Handlungsweise zu entschuldigen. Dem entgegen stellen wir fest, daß Herr Seifert in der Versammlung des freisinnigen Volksvereins den sozialdemokratischen Redner wiederholt durch Zwischenrufe unterbrach, so daß derselbe sich veranlaßt sah, dem Herrn Seifert zu erklären, daß es ihm nicht einjalle, auf seine unqualifizierbaren Zwischenrufe zu reagieren und er ihn auch durch beleidigende Ausgrenzungen von seinem Vortrage nicht abbringen werde. In derselben Versammlung hatte der freisinnige Redner gegen Schmidt die Beschuldigung erhoben, er habe, indem er in der Versammlung erschienen und Bier getrunken, den Hochtrot der Sozialdemokraten gebrochen. Als daraufhin Schmidt diese Lüge zurückwies und erklärte, er habe nicht einen Tropfen Bier oder Wasser im Lokal getrunken, rief der Schriftfeger Seifert so laut er eben zu rufen vermochte: „das muß ein dummes Schriftfeger sein, der kein Bier trinkt.“ In gemeinsamem Tone antwortete hierauf Schmidt, worauf Seifert nochmals persönliche Beleidigungen fallen ließ. Derselbe Herr erschien auch Sonntag nachmittag nach Schluß der Versammlung der Handlungsgesellschaften vor dem Gesellschaftshause Friedrichsplatz. Auf der Velpzigerstraße erlaubte sich dieser Herr nach dem Verlaß der Versammlung. Wir haben daher angenommen, daß der unwahre Bericht in der Magdeburger Zeitung aus der Feder des Herrn Seifert stammt. Wir glauben sehr gern, daß es der Magdeburger Zeitung unangenehm ist, so über einen ihrer Arbeiter geurteilt zu sehen, aber es wird uns niemand verargen, daß wir Leuten, die pochend auf eine gesicherte Stellung, sich weder um die Organisationsbestrebungen der Arbeiter, noch um die Taktik und Ziele der Sozialdemokratie kümmern, deren Vertreter aber persönlich beschimpfen, einmal herb auf die Finger klopfen und veranlassen, daß sie ihr regelhaftes Benehmen abbrechen.

— Gegen Pfarrer Köhler. Das Konfessorium erlachte im Disziplinarverfahren gegen den Pfarrer Köhler-Sangerhausen auf Verlegung. Ueber diese Maßregelung wird die Summische Presse jubeln. — 33 — Zur Thätigkeit der Feuerwehr. Am Mittwoch vormittag kurz nach 10 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldebatterie Schwarz, Nr. 12 des Dorfesstraße aus alarmiert. In dem Privat-Konsum von Schulte, Annastraße 6, war beim Kaffeedrehen der Inhalt des Kaffeedrehers in Brand geraten. Die Feuerwehr beseitigte weitere Gefahr.

— Mischersleben. (Erfolgreicher Einbruch.) Ein in der hiesigen katholischen Kirche verübter Einbruch blieb für die Diebe, die durch das Turmfenster eingestiegen waren, erfolglos, weil der Pfarrer den Dopschloß, der erschrocken wurde, am Tage zuvor entleert hatte.

— Genthin. (Protest gegen den Ladenschluß um 8 Uhr.) Kaufleute und Gewerbetreibende erhoben in einer Versammlung Protest gegen den gesetzlichen Ladenschluß. Eine Petition an den Reichstag wurde beschossen. Den Handelsangehörigen wird die Rührigkeit ihrer Gegner nicht entgegen und in derselben Weise für den gesetzlichen Ladenschluß wirken.

— Sangerhausen. (Für Pastor Köhler.) Hier tagte eine Versammlung, die dagegen Verwahrung einlegen wollte, daß der in Disziplinäruntersuchung befindliche Pastor Köhler das Vertrauen seiner Gemeinde verloren habe. Es wurde beschlossen, eine Abordnung nach Magdeburg zu entsenden, um die mit 500 Unterschriften versehenen Petition dem Konfessorium zu überreichen und für Köhler zu sprechen. Des Urteils wurde inzwischigen gefällig.

— Snesen. (Die Nationalhymne verboten.) Vom Amte suspendiert worden ist der hiesige erste Bürgermeister Koll. Die Posener Zeitung bezieht diese Suspendierung als eine Folge seines Verhaltens während der Snesener Kochkunst-Ausstellung und beim Schluß derselben. Koll soll bei der Schlußfeier der Snesener Kochkunst-Ausstellung der Militärkapelle verboten haben, nach Ausbringung des Kaiserhochs die Nationalhymne zu spielen. Er war früher Bürgermeister in Ostrowo.

— Finsterwalde. (Zur Nachzahlung empfinden.) Zum Besuche der Berliner Gewerbe-Ausstellung hat die große Metallschraubenfabrik von Jul. Reichelt in Finsterwalde ihren sämtlichen Arbeitern, deren Zahl sich über zweihundert beläuft, einen zweiwöchigen Urlaub ohne Lohnabzug, sowie einen Kostzuschuß von je 15 Mark in Aussicht gestellt.

— Meiningen. (Die Ehefrau ermordet.) In Meiningen ermordete der Arbeiter Semmler seine Frau, die ihn und fünf Kinder ernährte, weil sie, mittellos, ihm nicht mehr Geld zum Trinken zu geben vermochte.

— Schwabach. (Eine Million verpulvert.) Die Revision bei dem hiesigen Vorkriegsverein hat bisher einen Fehlbetrag von 1 Million Mark ergeben, sie ist indes noch nicht abgeschlossen.

— Spandau. (Fahrräder für Arbeiter.) Die Direktionen der Artilleriewerkstatt und der Pulverfabrik haben in den Fabriken bekannt machen lassen, daß sie den Arbeitern auf Wunsch Fahrräder zu Fabrikpreisen liefern würden. Die Zahlungen können ratenweise an den Lohnungsterminen erstattet werden.

— Madrid. (Feuer im Tanjaal.) Durch eine in einem Tanjaal vorzüglich angelegte Feuersbrunst in Lobno in der spanischen Provinz Puebla worden am Dienstag sechs Personen getötet und eine weitere Anzahl verwundet. Der Brandstifter ist verhaftet.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 6. Mai 1896.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch das Margarinegesetz in zweiter Lesung. § 6 wurde nach längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 151 gegen 113 Stimmen in der Kommissionsfassung angenommen, wonach es auch verboten ist, Margarine resp. Margarinefäße in denselben Räumen feil zu halten, wo Butter und Käse verkauft werden. Für die dritte Lesung haben die Agrarier noch weitere Verschärfungen in Petto. So stellte Abg. v. Boddieleski einen Antrag in Aussicht, wonach Margarine nur in ovalen Gefäßen verpackt werden darf und die Ein- und Ausfuhr nur in solchen Gefäßen gestattet sein soll. Abg. v. Kardorff will gar beantragen, eine Abgabe für die polizeiliche Kontrolle einzuführen. Donnerstag stehen auf der Tagesordnung die dritte Lesung der Vor-

lage betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und die dritte Lesung der Novelle zum Genossenschaftsgesetz.

85. Sitzung vom 6. Mai.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Beratung des Margarinegesetzes. § 6 bestimmt in der Kommissionsfassung, daß in Räumen, wo Butter oder Butterschmalz hergestellt, aufbewahrt, verpackt oder feilgehalten wird, die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung und das Feilhalten von Margarine oder Kunstfeil verboten ist. Ebenso soll in Räumen, wo Käse gewerbsmäßig hergestellt, aufbewahrt, verpackt oder feilgehalten wird, die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung oder das Feilhalten von Margarinefäßen verboten sein.

Abg. Schmidt-Warburg (Chr.) befürwortet seinen Antrag, zu § 6 der Kommissionsfassung hinzuzufügen: „Säbwerke, Bäder usw., die Margarine verwenden, müssen diese in den Verkauf- oder Speiserräumen auf dem Speisegeld angeben.“

Abg. Herzog (Soz.) spricht für Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die den gemeinsamen Verkauf von Butter und Margarine nicht verbietet.

Abg. G. A. (Chr.) spricht sich in demselben Sinne aus. Man müsse dann auch den Verkauf von Kaffee und Cichorien in denselben Räumen verbieten. Der kleine Kaufmann werde geschädigt und die Konsumenten belästigt man. Direktor im Reichsamt des Innern Schröder empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage.

Es folgen weitere Bemerkungen des Regierungskommissars Bumm, des Abg. Graf Bernstorff-Uelzen (Welfe), der mit der Kommissionsfassung einverstanden, aber auch mit der Regierungsvorlage zufrieden ist, sowie des Abg. von Pöhl (Konf.), der jede schärfere Maßregel auf diesem Gebiete ablehnt, und des Abg. v. Grand-Ry (Chr.) Nach dem noch Minister v. Hammerstein und Abg. v. Czarlinski (Soz.) den Antrag Schmidt-Warburg bekämpft haben, zieht dieser unter großer Heftigkeit des Hauses seinen Antrag zurück und bemerkt, es seien ihm Bedenken gegen seinen eigenen Antrag gekommen.

Ueber § 6 in der Kommissionsfassung beginnt nunmehr die namentliche Abstimmung. § 6 wird in namentlicher Abstimmung in der Kommissionsfassung mit 151 gegen 113 Stimmen angenommen. Dafür stimmten geschlossen die Rechte und das Centrum, dagegen die Nationalliberalen, die Polen, die freisinnige Linke und die Sozialdemokraten.

Zu § 7, welcher bestimmt, daß die Gefäße, in denen Margarine verkauft wird, eine deutliche, nicht verwischbare Aufschrift mit der Bezeichnung des Inhalts und der Firma des Fabrikanten tragen müssen, beantragt Abg. v. Grand-Ry (Chr.), daß, wenn Margarine in ganzen Gebinden oder Kisten verkauft wird, die Aufschrift nicht nur den Namen oder die Firma, sondern auch „die der Qualität entsprechende Fabrik-Originalmarke“ enthalten soll.

Minister v. Hammerstein teilt mit, daß die Frage der Buttereinfuhr im englischen Unterhause zur Sprache gekommen sei. Der Regierungsvorleger habe mitgeteilt, daß von 713 Proben, die regierungsseitig geprüft wurden, 98 aus Deutschland kamen; davon waren 70 gefälscht. Von 159 holländischen Proben waren 56 gefälscht.

Direktor im Reichsamt des Innern Schröder hält den Antrag Grand-Ry für undurchführbar, da nicht jeder Fabrikant eine Fabrikmarke führe.

Abg. Bumm (Soz.) bekämpft den Gedanken einer Kontrollabgabe, die den Margarinepreis erhöhen und nur den armen Arbeiter treffen würde, der Butter nicht kaufen könnte. Man solle doch eine Steuer auf den Butter-Export legen. Die Butter würde schon von den Bauern verfaßt.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Boddieleski, Grand-Ry, v. Kardorff, Bumm und Pöhl wird § 7 in der Kommissionsfassung mit dem Amendement Grand-Ry angenommen. Angenommen werden auch die §§ 8 und 9.

Zu § 9, der den Bundesrat ermächtigt, den Verkauf von Butter zu verbieten, deren Fettgehalt nicht genügend, oder deren Wasser oder Salzgehalt eine bestimmte Grenze überschreitet, befürwortet Abg. Bumm (Soz.) seinen Antrag, den Fettgehalt auf 80 Prozent, den Wasser- und Salzgehalt auf 3 Prozent im Maximum zu fixieren.

Abg. v. Boddieleski (Konf.) stimmt im Prinzip zu, will aber eine Übergangszeit haben.

Direktor Schröder bemerkt, daß bei Annahme des Antrages sowie des Gesetzes die Bestimmung natürlich auch auf die sogenannte Faltozeilfabrik Anwendung finde.

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. Grand-Ry und Boddieleski wird der Antrag Bumm abgelehnt und § 9 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 10.

Regierungskommissar Bumm spricht für Wiederherstellung des § 11, Anwendung des Gesetzes auf Erzeugnisse, die nicht zum Genuss für Menschen bestimmt sind, die die Kommission freigegeben wolle. § 11 wird angenommen.

Zu § 12, Strafbestimmungen, in der Kommission gegen die Regierungsvorlage verhängt, spricht Senzmann (r. Vpt.) gegen diese Verschärfung.

Abg. Wacker tritt für die Verschärfungen bez. für Gefängnisstrafen bei Wiederholungsfällen ein. Ein Abschreckungsmittel sei nötig.

Abg. Wolfenbuehr (Soz.) begründet einen Antrag, wonach die Strafbestimmungen auch auf diejenigen Arbeitgeber auszuweiten seien, welche den Arbeitern fälschlich Butter Margarine verabfolgen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Senzmann wird der Antrag Wolfenbuehr abgelehnt und § 12 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die §§ 12a bis 18.

Eine Reihe von Resolutionen betr. die Anordnung der Kontrolle und die Beaufsichtigung, sowie eine Reihe von Petitionen werden für erledigt erklärt. Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwürfe über den unlauteren Wettbewerb, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsgesetz, Abgabe-Tarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal. Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hat heute das Mandat des Abg. Köhler (Antif.), der bekanntlich eine Postagentur übernommen hat, für erloschen erklärt. Herr Köhler wurde 1893 gewählt in der Stichwahl mit 8163 Stimmen gegen den nationalliberalen Kandidaten, auf welchen 6987 Stimmen entfielen. Im ersten Wahlgang waren abgegeben worden 3606 antisemitische, 4300 nationalliberale, 2852 sozialdemokratische, 1883 freisinnige und 42 zersplitterte Stimmen. Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch die Kreditvorlage in zweiter Lesung an. Erheblichere Debatte verursachte nur der den Bau von Kornhäusern betreffende Teil der Vorlage. Die agrarische Mehrheit des Hauses nahm natürlich gern die ihr gebotene „kleine“ Liebesgabe von 3 Millionen aus der Hand des Herrn Miquel entgegen. Nebenbei stimmten die Agrarier einen Triumphgefang über das vom Reichstag beschlossene Verbot des Getreideterminhandels an. Jetzt würden, so meinte Herr v. Tiedemann-Bomst, die vom Staate zu erbauenden Getreideilos erst recht zur Geltung kommen. Am ärgsten trieb es der nationalliberale Agrarier Siegel, der da meinte, schon in drei bis vier Wochen würden die Kornpreise steigen, nachdem der „Schwindel“ des Terminhandels aufgehört.

Donnerstag dritte Lesung des Entwurfs betreffend Erhöhung des Grundkapitals der Centralgenossenschaftskasse und Antrag Bedlich in Sachen des Aktuarladeschlusses.

Umzugskosten für die Gesandten.

Die Höhe der Umzugskosten, welche das Gesandtschaftspersonal empfangt, werden nachgerade zum öffentlichen Aergeris. Der soeben veröffentlichte Bericht der Rechnungs-

Kommission des Abgeordnetenhauses über die Etatsüberschreitungen weist beispielsweise nach, daß der Gesandte nach Berlin nach Weimar nicht weniger als 9180 Mark empfangen hat.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ist soeben eine für die Massenverbreitung bestimmte Broschüre erschienen: Arbeiterkatechismus.

Neueste Nachrichten.

Dresden. Weiteres Steigen der Elbe wird gemeldet. Zur Zeit ist der Wasserstand vier Meter über Null.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Einen Vortrag über: Feine Ehre und Böbelehre (Ausprache über das Duell) hält am kommenden Dienstag, abends 8 Uhr in der Zerbster Bierhalle Albert Schmidt.

Männer-Turnverein „Victoria“ Bennedeb. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunden bei Gastwirt Hoppe.

Quittung.

Für die ausgeperrten Textil-Arbeiter in Kollbus gingen ein: Klassenbewußte Säger, Budau 12.00. Die Expedition.

Griechen.

A. S. Nach reiflicher Überlegung sind wir entschlossen, auf die Angelegenheit nicht weiter einzugehen.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Anzig, Dresden, Torgau), date (e.g., 5. Mai, 6. Mai), and water level (e.g., +4.70, +2.70).

Advertisement for Alfred Bruck, Fabrikniederlage in Haus- u. Röchengeräten, Alte Ulrichsstraße 4 (Magdeburger Hof).

Advertisement for Frau Erleben, Hebammenempfehlung, Wwe. E. Blaue, Sudenburg.

Advertisement for Homöopathie, Visser, homöopath. Prakt., Magdeburg, Salsöbstraße 3.

Advertisement for Brot, Benhold, Annastraße 4.

Advertisement for Tapeten, Fritz Prager, Budau, Schönbeckerstraße.

Advertisement for Billig! Billig! Billig! Grosse Posten Sofas, A. Mook's Möbelfabrik.

Advertisement for Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Budau.

Advertisement for Klara Brehmer, geb. Bette, im Alter von 35 Jahren gestorben.

Advertisement for Waren und Möbel auf Teilzahlung, A. Friedländer, ältestes und größtes Kredit-Geschäft.

Advertisement for Capeten! Die besten hocharm. Singer-Nähmaschinen.

Advertisement for Mitglieder-Versammlung, Sonntag, den 10. Mai, vorm. 11 Uhr.

Advertisement for Todesfälle, Erich, S. des Arbeiters Wilhelm Träger.

Advertisement for Öffentl. Versammlung der Bäcker und Bäckereiarbeiter, am Sonntag, den 10. Mai.

Advertisement for Eine Lederunterschicht, billig zu verkaufen.

Advertisement for Klara Brehmer, geb. Bette, im Alter von 35 Jahren gestorben.

Advertisement for Todesfälle, Erich, S. des Arbeiters Wilhelm Träger.

Advertisement for Verein der Handelshilfsarbeiter, Versammlung am Samstag, 9. Mai.

Advertisement for Fleischhalle, Alter Markt 25, frische Wurst u. Fleisch.

Advertisement for Anzeigenzettel der Magdeburger Volkshäuser.

Advertisement for Todesfälle, Erich, S. des Arbeiters Wilhelm Träger.

Advertisement for Deutscher Holzarbeiter-Verband, Mitglieder-Versammlung am Samstag, 9. d. Mts.

Advertisement for Fleischhalle, Alter Markt 25, frische Wurst u. Fleisch.

Advertisement for Anzeigenzettel der Magdeburger Volkshäuser.

Advertisement for Todesfälle, Erich, S. des Arbeiters Wilhelm Träger.

Die Ortsverwaltung.

17. Ziehung der 4. Klasse 194. Kgl. Preuss. Lotterie.
Nur die Gewinne über 210 M. sind den betreffenden Nummern in Klammern
beigefügt. (Ohne Gewähr.)

6. Mai 1896, Vormittags.

Table of lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 78 176 78 253 492 36), prize amounts (e.g., 1117 73 544 73 96 866 78), and prize descriptions (e.g., 2155 275 390 778). The table is organized into several sections based on prize amounts.

...gegen die Anweisung der Sachverständigen...
...den Buchdruckereien beschäftigten Personen. Und um den
...gesetzlichen Badenichluß dreht sich das Völkchen wie die
...Fahne auf der Wetterwarte der national-liberalen Magde-
...burgischen Zeitung, die in den drei vorgenannten Fragen
...die Anweisung der Sachverständigen vertritt. Kopierbar! —

...schärfste Mißbilligung aus.“ Der Buchdrucker Olfert-
...burg wurde hierauf seines Postens als Vertrauensmann
...entkoben. An seiner Stelle wurde Genosse Albrecht ge-
...wählt. Gegen obige Resolution hatte ein Teil der zahl-
...reich erschienenen Buchdrucker gestimmt. —

...weil die Mehrzahl der hiesigen Wirte die Sozialdemokratie hoch-
...kottierten und wie nachteilig dieser Boykott auf die Bestrebungen der
...Arbeiter wirkt. Es fällt uns gar nicht ein, nur die jüngeren Leute
...dafür verantwortlich zu machen, daß sie die Säle und Lokale anderer
...Widerseher füllten. Auch die älteren Arbeiter tragen zu einem großen
...Teil hierzu bei und unvernünftige Frauen unterstützen diese Taktik. Zu
...früher Erinnerung sind noch die Verhandlungen der letzten Partei-
...versammlung. Buchbinder und Buchdrucker machten sich erbitterte Bor-

